

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Europaausschuss**

14. Sitzung

am Mittwoch, dem 6. Dezember 2000, 10:00 Uhr  
im Sitzungszimmer 383 des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Rolf Fischer (SPD) Vorsitzender  
Gisela Böhrk (SPD)  
Arno Jahner (SPD)  
Dr. Gabriele Kötschau (SPD)  
Ulrike Rodust (SPD)  
Claus Ehlers (CDU)  
Klaus Klinckhamer (CDU)  
Peter Lehnert (CDU)  
Manfred Ritzek (CDU)  
Joachim Behm (F.D.P.)  
Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Europäische Rahmenrechtssetzung in Rundfunk und Mediendienst</b>	<b>4</b>
RL Dr. Knothe, Mitarbeiter in der Staatskanzlei	
<b>2. Europaschulen in Schleswig-Holstein</b>	<b>5</b>
RL Lubeseder, Vertreter des Bildungsministeriums	
<b>3. Grenzpendler in der deutsch-dänischen Grenzregion</b>	<b>7</b>
Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein (UV Nord/Rendsburg) Umdruck 15/534	
<b>4. a) EU-Grundrechte-Charta</b>	<b>8</b>
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/465	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/482	
(überwiesen am 19. Oktober 2000)	
<b>b) Ausblick auf die Regierungskonferenz in Nizza</b>	
AL Kindsmüller, Leiter der Abteilung für Europa- und Ostseeangelegenheiten in der Staatskanzlei	
<b>5. Verfahrensfragen zur geplanten Anhörung des Ausschusses zur europäischen Verfassung am 7. Februar 2001</b>	<b>9</b>
<b>6. Verschiedenes</b>	<b>10</b>

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Europäische Rahmenrechtssetzung in Rundfunk und Mediendienst**

RL Dr. Knothe trägt den aus Umdruck 15/594 ersichtlichen Bericht über Europäische Rechtssetzung und Auswirkungen auf die Medien vor.

Auf Nachfragen der Abg. Böhrk legt RL Dr. Knothe dar, die Vorstellungen der Ministerpräsidenten im Bereich der Werbung im Rahmen einer Reform der Medienordnung gingen dahin, das duale Rundfunksystem an der Schnittstelle Konvergenz der Medien neu zu justieren. Eine Refinanzierung von Programmen sei nur möglich, wenn es genügend Möglichkeiten dafür gebe. Die Überlegungen, mehr Werbung zu ermöglichen, sei vor dem Hintergrund des Bestehens im Rahmen des europäischen Wettbewerbs zu sehen. Eine mögliche Deregulierung beziehe sich nicht auf die Bereiche Kindersendungen, Gottesdienste und Nachrichtensendungen. Hinsichtlich der 50%-Quote Eigenanteil europäischer Produzenten sei darauf hinzuweisen, dass gegenwärtig Veranstalter kein Problem damit hätten, diese Quote zu erfüllen.

Abg. Böhrk hält die Frage der Einhaltung der Quoten für diskussionswürdig. Die Tatsache, dass die 50%-Quote für Eigenproduktionen gewährleistet sei, bedeute nicht, dass sie abzuschaffen sei. Sie wendet sich sodann den Ausführungen hinsichtlich der 10%-Quote von Produktionen Unabhängiger zu und gibt ihrer Auffassung Ausdruck, dass sie die Konzentration hin zu wenigen Produzenten unter dem Gesichtspunkt der Meinungsvielfalt für problematisch halte.

Sie stellt die Frage, ob nicht möglicherweise vor dem Hintergrund der künftigen Entwicklung im Kabelbereich die Fernsehrichtlinie unterlaufen werden könne und rechtliche Grundlage möglicherweise die E-Commerce-Richtlinie sei. - RL Dr. Knothe führt dazu aus, wie stark das europäische Recht sein werde, werde sich zeigen, wenn etwa amerikanische Anbieter auf den europäischen Markt kämen. Die Entwicklung in diesem Bereich sei abzuwarten. Notwendig seien sicherlich weltweite Regelungen oder zumindest die Festlegung von Mindeststandards in den Medien.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Europaschulen in Schleswig-Holstein**

RL Lubeseder gibt einen Überblick über den derzeitigen Stand der Europaschulen in Schleswig-Holstein. Er führt aus, in diesem Bereich gebe es eine neue Entwicklung, die sehr zu begrüßen sei. Im Zuge der Ausbildung und Formulierung der Schulprogramme der inzwischen 14 Europaschulen in Schleswig-Holstein seien diese dabei, Europa in ihr Schulprogramm aufzunehmen. Dem Ministerium lägen erste Schulprogramme vor. Ziel der Europaschulen sei, diese Aktivität in Bezug auf Europa nicht nur im außerschulischen Bereich zu entfalten, sondern auch in den Unterricht hineinzunehmen. Eltern von Kindern auf Europaschulen sollten merken, dass ihre Kinder auf eine Europaschule gingen. Zu beobachten sei, dass die Europaschulen ihre Anstrengungen vertieften. Es sei beruhigend zu sehen, dass die Schulen ihren Status auch lebten.

RL Lubeseder fährt fort, die Schulen seien sowohl auf europäischer Ebene als auch im Lande miteinander vernetzt. So habe beispielsweise vor kurzem auf Einladung der Europa Union in Sankelmark eine ganztägige Tagung stattgefunden, an der zum ersten Mal Eltern, Vertreterinnen und Vertreter der Schülerschaft sowie der Lehrkräfte teilgenommen hätten. Diese Veranstaltung sei ein großer Erfolg gewesen. In der Europawoche des nächsten Jahres werde diese Fachtagung eine zweitägige Fortsetzung in Zusammenarbeit der Europäischen Akademie mit dem IPTS finden.

Hinsichtlich der Finanzierung von Projekten der Europaschulen weist RL Lubeseder auf Mittel aus dem europäischen Bereich hin und betont, eine Förderung durch das Land sei schwierig. Weil dem so sei, gebe es eine Elterninitiative zur Gründung eines Fördervereins, der darauf abziele, auch Sponsoren zu finden, um bestimmte Projekte, beispielsweise Schülerreisen, finanziell zu unterstützen. Diese Elterninitiative werde durch das Ministerium unterstützt.

Abg. Jahner weist auf die Bedeutung der von den Europaschulen verfolgten Ziele hin sowie auf eine Reihe von Möglichkeiten, über Schule junge Leute anzusprechen, den europäischen Gedanken umzusetzen. Er regt an, dass der Ausschuss bei einer Europaschule einen Besuch abstattet. - Der Ausschuss nimmt diese Anregung auf.

Auf eine Frage des Abg. Jahner legt RL Lubeseder dar, die Fördervereine der Schulen selbst legten Wert darauf, dass sie nicht zusätzliche Mittel in den zu gründenden Förderverein ein-

zahlten; sie hielten dies allerdings für eine sinnvolle Ergänzung der Europaaktivitäten der Europaschulen in Schleswig-Holstein. Bisher seien von den 14 Europaschulen in Schleswig-Holstein elf „im Boot“.

Im Folgenden bestätigt RL Lubeseder Äußerungen von Abg. Rodust, dass gemeinsame Aktivitäten mit ausländischen Schulen insbesondere auch von Hauptschulen sinnvoll und unterstützenswert seien. Die Anregung, sich noch um einige Hauptschulen als Europaschulen zu bemühen, halte er für sinnvoll. Hinzuweisen sei allerdings darauf, dass eine solche Entwicklung wachsen müsse.

Er sagt sodann zu, dem Ausschuss eine schriftliche Aufstellung darüber zuzuleiten, mit welchen Ländern die Europaschulen zusammenarbeiteten.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Grenzpendler in der deutsch-dänischen Grenzregion**

Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein  
(UV Nord/Rendsburg)

Umdruck 15/534

Der Ausschuss stellt diesen Tagesordnungspunkt bis zu seiner Januar-Sitzung zurück.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**a) EU-Grundrechte-Charta**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/465

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/482

(überwiesen am 19. Oktober 2000)

Einstimmig beschließt der Ausschuss, dem Landtag die Annahme der Anträge in der aus Umdruck 15/563 ersichtlichen Fassung vorzuschlagen.

Abg. Spoorendonk kündigt an, dass sich ihre Fraktion im Rahmen der Abstimmung im Landtag der Stimme enthalten werde, weil in der Charta der Grundrechte die Minderheitenrechte ihrer Auffassung nach nicht genügend berücksichtigt seien. Das komme auch in der vorliegenden Formulierung des Antrags nicht zum Ausdruck.

**b) Ausblick auf die Regierungskonferenz in Nizza**

AL Kindsmüller, Leiter der Abteilung für Europa- und Ostseeangelegenheiten in der Staatskanzlei

AL Kindsmüller berichtet ausführlich über die bevorstehende Regierungskonferenz in Nizza sowie die dort zur Diskussion anstehenden Themen, zum Beispiel die EU-Erweiterung, die Zahl der Stimmen im Ministerrat, die Frage der Grundrechte-Charta oder die Stimmengewichtung in der Kommission.

AL Kindsmüller sagt zu, dem Ausschuss nach Abschluss der Regierungskonferenz in Nizza eine Kurzdarstellung der Ergebnisse zuzuleiten (Umdruck 15/595).



Punkt 5 der Tagesordnung:

**Europäische Verfassung**  
**Anhörung am 7. Februar 2001**

Verfahrensfragen

Abg. Lehnert schlägt die aus Umdruck 15/566 ersichtlichen Personen beziehungsweise Institutionen zur Anhörung vor.

Abg. Rodust macht folgende Vorschläge: Evangelische und Katholische Kirche; Europa-Union; Herr Weller (ECMI); DGB; Herr Piecyk, MdEP; Herr Leinen, MdEP; Herr Dr. Bäuml; Herr Jürgen Meyer, MdB (Mitglied des Konventes); Heinrich-Boll- und Friedrich-Ebert-Stiftung.

Abg. Steenblock sagt zu, die von seiner Fraktion zu benennenden Anzuhörenden direkt der Geschäftsführerin des Ausschusses zuzuleiten.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Der Vorsitzende gibt einen Wechsel in der Geschäftsführung des Ausschusses bekannt und bedankt sich bei Frau Schönfelder, die die Landtagsverwaltung zur Ableistung ihres Referendariats verlassen hat, für die bisherige Zusammenarbeit.

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, schließt die Sitzung um 12:00 Uhr.

gez. Rolf Fischer

Vorsitzender

gez. Petra Tschanter

Geschäfts- und Protokollführerin